

Die Ratssitzung am 26.09.2019



Das Highlight der ersten Ratssitzung nach der Sommerpause war sicherlich die endgültige Beendigung der Pläne zum Ausbau des Godorfer Hafens. Dazu gab es noch Anträge zum Frischezentrum und zum Odysseum sowie zum Zeughaus und zum Ausbau des Streetworker-Konzeptes. Da es zum Frischezentrum noch keine weiterführenden Informationen gab, wurde dieser Antrag in die nächste Ratssitzung verwiesen, der Antrag zum Odysseum wurde in den Schulausschuss verwiesen, um dort Klarheit für die Zukunft schaffen zu können. Da es auch zum Zeughaus keinen akuten Handlungsbedarf gab, wurde der schwarz-grüne Änderungsantrag, der letztendlich die bestehende Beschlusslage zur weiteren Nutzung noch einmal bekräftigte, einstimmig angenommen. Weitergehende Informationen zu den wichtigen Themen der Sitzung gibt es hier:



Antrag von CDU, GRÜNEN, FDP und Gruppe GUT Hafenausbau Godorf beendet: „Ein großer historischer Erfolg!“

Mit den Stimmen von GRÜNE, CDU, FDP, GUT und den LINKEN hat der Rat nun die Beendigung aller planungsrechtlichen Verfahren für den Hafenausbau Godorf beschlossen. Die Grundlage dafür wurde durch die Kooperationsvereinbarung von CDU und GRÜNE geschaffen, womit die CDU vom Hafenausbau abrückte.

Auch in der turbulenten Ratssitzung verteidigte letztlich nur noch die SPD den Ausbau.

„Dieser Ratsbeschluss ist ein großer historischer Erfolg für die Kölner GRÜNEN! Dafür haben wir über 30 Jahre gekämpft. Unser besonderer Dank gilt unseren Mitkämpfenden, den Bürgerinitiativen im Kölner Süden. Letztlich hat sich nun die ökologische und ökonomische Vernunft durchgesetzt. Das 35 ha große Naturschutzgebiet Sürther Aue wird komplett erhalten und nachhaltig gesichert. Eine 75 Mio. Euro-Fehlinvestition in einen Hafenausbau wird nun vermieden“, erklärte **Jörg Frank**, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion.

Hintergrund:

Der Ausbau des Godorfer Hafens beschäftigte den Rat und die Stadtgesellschaft über 30 Jahre lang. GRÜNE, Bürgerinitiativen und Anwohnende kämpften gegen die Zerstörung des Naturschutzgebietes.

Im August 2007 beschloss der Rat mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen (CDU und SPD, gegen FDP, DIE LINKE und GRÜNE) den Ausbau des Godorfer Hafens.

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Münster den Planfeststellungsbeschluss auf Grund formaler Fehler verworfen hatte, führte die Stadt Köln 2011 eine freiwillige Einwohnerbefragung durch. Stimmberechtigt waren alle Einwohnenden ab 16 Jahren, das Quorum lag bei 10 %: Das Ergebnis war eine Mehrheit von 56% gegen den Ausbau, aber leider wurde das Quorum nicht erreicht.

Somit gab es keinen gültigen Planfeststellungsbeschluss (dessen Fehlerhaftigkeit sogar vom Bundesverwaltungsgericht 2015 bestätigt wurde), aber auch keine Mehrheit im Rat.

[Antrag](#)

[Rede von Jörg Frank 2019](#)

[Link Rathaus Ratlos 2011](#)



Antrag der Gruppe GUT betreffend "Umweltmaut ÖPNV-Abgabe"

Beim Ziel gibt es wenige Unstimmigkeiten - die Luft soll sauber werden und die Aufenthaltsqualität in den Städten steigen. Aber der Weg dorthin wird von den Parteien sehr unterschiedlich gesehen. Die Ratsgruppe GUT möchte das schon seit langem diskutierte Instrument der City Maut erneut betrachten, während die Linken starke soziale Auswirkungen befürchten. Aber haben Menschen mit wenig Geld ein Auto und hat wirklich jeder Mensch ein Recht auf ein Auto? Wir möchten, dass die Verwaltung die Fragen nach nachhaltigen Mobilitätssystemen mit Daten füllt und dann eine Diskussion im Verkehrsausschuss führen. Wie gelingt die Verkehrswende – welche Angebote müssen schnell und deutlich gestärkt werden und wo muss mit Gebühren und Verboten gearbeitet werden? Dies muss diskutiert und zu einer Entscheidung gebracht werden.

[Antrag](#)



Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen

Die Bühnen haben transparent ihre Zahlen zur Sanierung vorgelegt, inkl. der Vorlage zur Verpflichtungsermächtigung. Dies beinhaltet, dass die Bühnen weiterhin Geld ausgeben können- über das, was ihnen der Rat bisher gebilligt hatte, hinaus.

Dass die Bühnensanierung uns alle belastet und vor große Herausforderungen stellt, das ist kein Geheimnis.

Und das böse Erwachen, als 2015 mitten in den Sommerferien, deutlich wurde, dass trotz - vorhergehender Machbarkeitsstudie, trotz Projektsteuerung und enger Begleitung die gesamte Sanierung völlig aus dem Ruder gelaufen war, haben wir in schlechter Erinnerung. Seitdem ist das Projekt neu aufgelegt, die Strukturen haben sich grundlegend geändert, es gibt einen vierter Betriebsleiter, der nur für die Sanierung zuständig ist. Seither werden wir transparent unterrichtet, auch über die anstehenden Probleme.

Die auch in der Vorlage veröffentlichten Zahlen zu den Bühnenkosten basieren auf den 554 Mio. Euro, die im Juli vorgestellt wurden. Sie zeigen noch einmal das ganze Ausmaß des Kostenanstiegs gegenüber den ursprünglichen Planungen - inklusive der daraus resultierenden Gesamtkosten.

Das Dilemma ist, dass es keinen Weg zurück gibt. Es ist gut, dass jetzt Transparenz herrscht, auch über die Gesamtsumme. Wir verstehen dies als Auftrag, noch sorgfältiger zu planen und ein intensiveres Controlling einzuführen.

Die SPD weigert sich jetzt, Verantwortung zu übernehmen, als sei sie bei den Beschlussfassungen in der Vergangenheit nie beteiligt gewesen. Auch so kann man mit Geschichte umgehen - seriös ist das nicht. Denn es gibt kein Zurück mehr.

Die Baustelle zu schließen, ist keine ernsthafte Option - wer so etwas latent fordert, wie die SPD, bringt nur noch mehr Chaos in die Bühnensanierung.

Die Kostensteigerungen insgesamt machen uns nachhaltig zu schaffen - denn wir würden lieber mehr in „lebendige Kultur“ als in Beton investieren.

Aber: Was soll eine ernsthafte Alternative zur Fortsetzung dieser Sanierung sein?!

[Vorlage](#)

Parkgebührenordnung 2019

Zur Verkehrswende gehört auch, nicht gewünschtes Verhalten teuer zu machen und gewünschtes preiswerter. Deshalb ist der Beschluss, die durch erhöhte Parkgebühren erfolgten Mehreinnahmen dem öffentlichen Nahverkehr zugutekommen zu lassen, richtig. Zudem gehört der öffentliche Raum allen und nicht nur den parkenden Autos. Die knappe Fläche wird zunehmend für den Radverkehr, die Zufußgehenden, die Bäume und einfach Verweilende gebraucht. Geben wir ihn an alle zurück.

[Vorlage](#)

Umbesetzung in Ausschüssen und Aufsichtsräten

Nachdem Ulla Schlömer für Susanne Bercher-Hiss in den Rat nachgerückt ist, wurden in der vergangenen Ratssitzung auch die entsprechenden Ausschüsse und Aufsichtsräte neu besetzt.

Ulla sitzt nun für die GRÜNE Fraktion in folgenden Gremien:

- Verbandsversammlung Zweckverband „Naturpark Rheinland“
- Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe
- Aufsichtsrat GEW Köln AG
- Aufsichtsrat Brunata-Metrona
- Ausschuss für Umwelt und Grün

-
- [Die komplette Tagesordnung der Ratssitzung inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer